

// PRESSEINFORMATION //

Studienanfänger verlassen Rheinland-Pfalz – mehr Geld für bessere Studienbedingungen

Attraktivität und Arbeitsbedingungen an den rheinland-pfälzischen Hochschulen verbessern!

Immer mehr angehende Studierende aus Rheinland-Pfalz entscheiden sich gegen ein Studium in ihrem Bundesland. Seit 2014 ist der Wanderungssaldo negativ: Mit fast 10.000 abgewanderten Studierenden wurde im Jahr 2018 der vorläufige Höchststand erreicht. Dies entspricht fast der Studierendenzahl der Universität Trier, mit derzeit knapp 12.000 Studierenden. Lediglich Studierende aus dem benachbarten Saarland sorgen mit 5.500 Einpendlern dafür, dass der Negativsaldo nicht noch höher ausfällt. „Nimmt man die letzten fünf Jahre zusammen, so hat Rheinland-Pfalz 27.000 Studierende an andere Bundesländer verloren. Dieser Trend muss gestoppt werden“, so Klaus-Peter Hammer, Vorsitzender der GEW Rheinland-Pfalz. Die Evaluierung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz zur Umsetzung des Hochschulpaktes 2017 weist Rheinland-Pfalz auf dem elften Platz aus, was die Entwicklung der Studienanfängerzahlen angeht.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes schrieben sich im Wintersemester 2019/20 etwa 16.200 Studierende erstmalig an einer der 22 rheinland-pfälzischen Hochschulen ein. Dies waren knapp 1.300 Studienanfängerinnen und Studienanfänger weniger als im Vorjahr (-7,2 %). Insbesondere die großen Landesuniversitäten verzeichneten weniger Studienanfängerinnen und -anfänger als im Vorjahr. So sank die Zahl der Einschreibungen in das erste Hochschulsemester an der Universität Trier (-350), der Universität Koblenz-Landau (-330), der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz (-170) und der TU Kaiserslautern (-130).

„Die Landesregierung muss dringend analysieren, welche Ursachen diese Entwicklung hat“, so Klaus-Peter Hammer weiter. Ein Verweis auf die nicht mehr erhobenen Studiengebühren in den Nachbarländern reicht als Erklärung nicht aus. Denn diese wurden bereits zwischen 2010 und 2012 abgeschafft. Ein zentrales Problem ist hausgemacht: Die nach wie vor chronische Unterfinanzierung der Universitäten in Rheinland-Pfalz.

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter: <http://www.gew-rlp.de>

Andere benachbarte Hochschulstandorte wie Aachen, Frankfurt, Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim sind für Studierende wesentlich attraktiver. Sie bieten neben Vielfalt in der Ausstattung vor allem auch erheblich bessere Betreuungsverhältnisse von Professur zu Studierenden. „Damit sind diese auch für Professorinnen und Professoren und wissenschaftliches Personal attraktiver“, erklärt Klaus-Peter Hammer.

Natürlich ist auch Rheinland-Pfalz von den horrenden steigenden Mieten im Land betroffen, die Landeshauptstadt Mainz beispielsweise zählt in Rankings zu den zehn teuersten Mietstädten Deutschlands. Zudem muss auch die Frage gestattet sein, inwieweit sich die derzeitige Umstrukturierung der rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft in den Studienanfängerzahlen bemerkbar macht. Unsicherheiten darüber, wie es im Land in zwei, drei oder fünf Jahren aussehen wird und wie die strategische hochschulpolitische Ausrichtung des Landes aussieht, lässt sowohl für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, als auch für Studierende andere Standorte attraktiv erscheinen.

Enttäuschend sind die Ideen der Landesregierung, die Verpflichtungen im Rahmen des „Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken“ nur pro forma zu erfüllen und die hälftige Bereitstellung der Landesbeiträge für die Hochschulpaktnachfolge aus früheren Mitteln, wie „Wissen schafft Zukunft“, anrechnen zu lassen. „Damit fallen die Hälfte der bisher aus den Hochschulpaktmitteln bereitgestellten Personalmittel weg. Das käme einem Kahlschlag gleich! Deshalb unterstützt die GEW Rheinland-Pfalz konstruktive Aktivitäten wie das Engagement der ‚Initiative Zukunftsvertrag‘ an der Universität Mainz. Sie fordert die volle Aus- und Weiterfinanzierung der Personalmittel aus dem Hochschulpakt seitens des Landes. Hier gilt es beherzt zu handeln“, mahnt Klaus-Peter Hammer, „wer leistungs- und forschungsstarke Hochschulen und Universitäten möchte, muss diese deutlich besser finanziell ausstatten. Hier wünschen wir uns deutliche Signale seitens der Landesregierung“.

Mainz, 6. Dezember 2019